

die für internationale Beziehungen gelten und im übertragenen Sinne auch der Wiedervereinigung dienen könnten:

- ▷ Gegenseitige Achtung vor der Freiheit des anderen Volkes.
- ▷ Territoriale Unabhängigkeit und Souveränität.
- ▷ Nichteinmischung in die gegenseitigen inneren und äußeren Angelegenheiten.
- ▷ Keine Aggression.
- ▷ Friedliche Koexistenz.

Als Jawaharlal Nehru Bonn verließ, erwies es sich als schier unmöglich, die konträren Ansichten der beiden Seiten in ein gemeinsames Abschlußkommuniqué zu zwingen. Erst einen Tag später vermochte man sich auf die unverbindliche

auf einen ausländischen Politiker, der — bedingt durch die besondere politische Situation im asiatisch-pazifischen Raum — nach wie vor als ein Verfechter des militanten Auftretens gegenüber dem Kommunismus gilt. Schon nach der ersten Stunde des politischen Tête-à-tête verkündete Adenauer: „Es ist selten vorgekommen, daß während eines so kurzen Gesprächs Übereinstimmung in der Behandlung wichtiger Probleme und in der Deutung der Weltlage erzielt worden ist.“

Freilich ist Australiens Premier Menzies eine politisch weit weniger zugkräftige Figur als Indiens Nehru. Über dieses Manko versuchte die Kanzlerumgebung mit allen Raffinessen der Publicity hinwegzutäuschen. Der Chef vom Dienst im Bundespresseamt trommelte am Besuchs-



Moskau-Rückkehrer Grotewohl: Parole „Freundschaft mit der Sowjet-Union“

Formulierung zu einigen, der indische Ministerpräsident habe „sein Einverständnis und seine Sympathie für den Wunsch des deutschen Volkes nach friedlicher Herstellung seiner nationalen Einheit zum Ausdruck“ gebracht.

Sobald der Gast das Land verlassen hatte, kam die einst gegenüber dem Maharadscha zur Schau getragene Gering-schätzung wieder zum Durchbruch. Höhnte die dem Kanzler nahestehende Wochenzeitschrift „Rheinischer Merkur“: „... Wie viele Räucherkerzen wurden vor dem Wunschbild des Erzvaters des Neutralismus abgebrannt, wie viele intellektuelle Yogaübungen zelebriert ... Jetzt haben sie die Bescherung ... Wie konnte man aber auch von Nehru ein Bekenntnis zu freien Wahlen in der deutschen Sowjetzone erwarten, wo er doch diese zu Hause den Bewohnern Kaschmirs vorenthält.“

Peinliche Lücken

Am Montag vergangener Woche passierte Australiens Ministerpräsident Robert Gordon Menzies die salutierenden Ehrenposten am Portal des Palais Schaumburg, um Konrad Adenauer seine Aufmerksamkeit zu machen. Nach dem Mißklang beim Nehru-Besuch traf der Kanzler nun

tag die Bonner Korrespondenten per Telefon zusammen, mit der Maßgabe, der Herr Bundeskanzler lege großen Wert darauf, daß schon bei der Auffahrt des australischen Gastes vor dem Palais Schaumburg möglichst viele Zeitungsleute herumständen. Als die Prominenz sich schließlich den auf einer hinteren Terrasse geduldig ausharrenden Journalisten stellte, tat man ob der Zahl der Pressevertreter baß erstaunt. Bundesaußenminister von Brentano deutete kopfschüttelnd auf die mühsam zusammengetelephonierten Korrespondenten und murmelte zu Menzies: „Es ist immer dasselbe.“

Als anderntags am Nachmittag die für den hohen Gast im Bundespresseamt angesetzte Pressekonferenz infolge mangelnder Beteiligung eine Blamage zu werden drohte, ließ Pressechef Felix von Eckardt über Sprechfunk Sekretärinnen und Referenten seines Hauses wissen, sie möchten schleunigst kommen und die peinlichen Lücken im Konferenzsaal füllen.

Dem australischen Regierungschef blieben diese Hintergründe verborgen. Am dritten Tag fuhr er gen Rothenburg ob der Tauber. Denn Menzies hatte seine Deutschlandreise und den Besuch in Rothenburg schon von sich aus geplant, lange bevor ihn die Bonner mit einer offiziellen Einladung bedachten.

SOWJETZONE

MILLIARDEN-KREDIT

Unternehmen Wehrpflicht

Fast wäre es auf dem Ostberliner Flughafen Schönefeld wie bei einer volksdemokratischen Familienfeier zugegangen. Knapp hundert Leute — SED-Prominenz, Satelliten-Diplomaten, vier dickliche Volksarmee-Generale und einige auffallend elegant gekleidete Damen — starteten auf die kleine Sondermaschine mit dem Kennzeichen DM SBS, die Pankows Spitzenfunktionäre aus Moskau heimbrachte.

Als die Ost-Lufthansa-Gangway an die Luke geschoben wurde, präsentierte die Ehrenkompanie der „Nationalen Volksarmee“ — in steingrauer Montur und Knobelbechern — mit weißen Handschuhen Karabiner sowjetischer Bauart. Die Heimkehrer aus Moskau winkten mit russischen Einheits-Buketts aus roten Nelken, roten Rosen und weißen Lilien. In leichtem Sächsisch meldete Volksarmee-Hauptmann Habicht seine Kompanie und die Losung: „Unverbrüchliche Freundschaft mit der Sowjet-Union.“

Die Hoboisten der Volksarmee schmetterten den preußischen Paradeaufstellungs-Marsch, den „Marsch des Yorkschen Korps von 1813“, und DDR-Ministerpräsident Grotewohl schritt die Front ab. Er salutierte vor der schwarz-rot-goldenen Regimentsfahne und den Offizieren durch Heben der rechten Hand — vier Finger lang, Daumen abgespreizt — bis in halbe Brusthöhe.

Das äußere Bild des Empfangs trug unverkennbar Züge eines neuen nachstalinistischen Stils. Nur Ostberlins Oberbürgermeister Ebert war mit Ballonmütze erschienen. Grotewohl trug einen eleganten hellgrauen Einreihler mit dezent abgestimmtem blauem Hemd, Vize-Ministerpräsident Nuschke einen flotten Maß-Ulster und Parteisekretär Ulbricht einen Gabardine-Mantel mit wattierten Schultern und einen weißen Panama-Strohhut.

Es war Ulbricht, der mit einer etwas angestrengt wirkenden Floskel der jugendlichen Frau Nuschke, die auf dem Flugplatz ihren greisen Gatten erwartet hatte, den Schick ihres blau-grün-rot gemusterten Seidenkleides und ihrer Cocktailkappe bestätigte: „Sie hätte ich fast nicht erkannt.“ Die füllige Gattin des „DDR“-Außenministers Bolz wurde trotz eines nicht weniger hübschen rosa Shantungkleides wegen ihrer noch ziemlich nachlässig rotblond gefärbten Haare um eine Etage tiefer eingestuft. Frau Grotewohl, auch in Volkschina-Seide, hielt sich schlichter etwas abseits. Nur Justizminister Hilde Benjamin stand wie ein Aschenputtel mit scheuen Seitenblicken in der spärlichen Gruppe der Zaungäste.

Selbmann muckte auf

Pankow war es im Schatten des Bonner Wehrpflicht-Streites gelungen, diese Moskau-Reise heimlich vorzubereiten. Keiner der Nachrichtendienste in Westberlin hatte vorher Wind von dem östlichen Coup bekommen. Erst nachträglich kombinierten Kreml-Astrologen an dem Umstand herum, daß die Abberufung des Sowjet-Botschafters Sorin aus Bonn und die Staatsaktion der „DDR“ in Moskau in wenigen Stunden aufeinander gefolgt waren.

Diese beiden Ereignisse standen in keinem direkten Zusammenhang, wiewohl die Vorgeschichten beider Begebenheiten politisch einander ähneln.

Der Kreml hatte im Herbst vorigen Jahres einen Vertreter für Bonn ausgesucht, dessen Qualifikation weit über der politischen Bedeutung Bonns lag. Walerian Sorin galt in Moskau vor seiner Bonner Mission als einer der gewichtigsten Fachdiplomaten. Ihm hatte es in seiner Funktion als stellvertretender Außenminister obgelegen, die Westdiplomaten zu betreuen, während sein Kollege Wladimir Semjonow, einst politischer Berater aller Militärgouverneure in Mitteldeutschland, das diplomatische Fußvolk der Volksdemokraten mit weicher Hand gängete.

Als sich herausstellte, daß Kanzler Adenauer den Ärger über seine Moskauer Verhandlungs-Niederlage in eine politische Quarantäne für Sorin ummünzte, begann man im sowjetischen Außenamt, den West-Experten zu vermissen. Um den Spitzen-
diplomaten nicht hinter einem Cordon Sanitaire der Bonner Christdemokraten versauern zu lassen, entschloß man sich, ihn wieder in die Zentrale zurückzuholen und durch einen Mann von der Bedeutung des Bonner Moskau-Botschafters zu ersetzen.

Es traf sich gut, daß die längst fällige Rückberufung Sorins demonstrativ mit jener anderen Aktion der sowjetischen Deutschlandpolitik gekoppelt werden konnte: der Moskauer Staatsaktion mit Pankow. In diesem Fall lag die Initiative allerdings auf deutscher Seite. Ausgangspunkt war eine Geheimsitzung des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“, der obersten Planungsbehörde der integrierten Ost-Wirtschaft, die Mitte Mai in Ostberlin stattfand (SPIEGEL 23/1956).

Damals war der Wunsch der Sowjetzone, ihre Schaufenster gegenüber dem bundesrepublikanischen Wirtschaftswunder reichlicher auszustatten, am Widerspruch Polens gescheitert. Die Abfuhr brachte Pankow auf einen neuen Gedanken.

Nach dem Rezept „Eigene nationale Wege des Sozialismus“ beschloß man, die internationale Debatte um die westdeutsche Wehrpflicht durch einen Winkelzug zu eigenem Nutzen auszuschlachten. In internen Beratungen wurde die Devise



„DDR“-Wehrminister Stoph, Parteisekretär Ulbricht: Pankow hat auch einen Marshallplan

ausgeheckt: Der Osten muß diesmal radikal anders als der Westen handeln. Wenn Bonn durch 500 000 Soldaten wirtschaftlich geschwächt werde, dann müsse die „DDR“ zur selben Zeit wirtschaftlich so gestärkt werden, daß sie den westdeutschen Vorsprung ungefähr aufholen kann.

Der Kreml fand diesen eigenständigen Vorschlag aus Pankow nützlich. Im Juni begannen Geheimverhandlungen, die Anfang der letzten Woche mit einem — nicht mehr geheimen — 2000-Mann-Empfang in Moskau abgeschlossen wurden. Der erste Versuch der SED, von der titoistischen Formel besonderer nationaler Notwendigkeiten Gebrauch zu machen und spezielle mitteldeutsche Anliegen direkt bei den obersten Kreml-Instanzen vorzubringen, hatte mit einem Erfolg geendet.

Einen entscheidenden Beitrag zu diesem Erfolg lieferte der Altkommunist Selbmann, 56, Vorsitzender des Vorstandes der sowjetisch-deutschen „Wismuth AG“, Vorsitzender der Regierungskommission für Industrie und Verkehr und stellvertretender Ministerpräsident der Sowjetzone.

In der Moskauer Sitzung unternahm Selbmann einen kühnen Vorstoß auf seinem Spezialgebiet, das seit 1945 die mitteldeutschen Gemüter und die Propagandisten des Kalten Krieges gleichermaßen erhitze: Die deutschen Uranfelder im Erzgebirge und im Thüringer Wald waren von der Roten Armee als Kriegsbeute beschlagnahmt und als Regiebetrieb bewirtschaftet worden, bis sie vor drei Jahren einer gemischt sowjetisch-deutschen Gesellschaft anvertraut wurden, in der die Sowjets jedoch bislang das letzte Wort sprachen.

Selbmann appellierte deshalb an die Kreml-Größen: „Genossen, ihr könnt nicht gegen den Kolonialismus predigen und bei

uns Kolonialmethoden beibehalten.“ Diese von SED-Funktionären bis dahin nicht vernommene Sprache wirkte. Die Sowjets fanden sich bereit, in Zukunft jede aus der Zone bezogene Tonne Uran zu Weltmarktpreisen zu bezahlen.

Eine andere Konzession betrifft den Warenaustausch zwischen Moskau und Pankow. Als der Warenaustausch nach dem Kriege begann, hatte die Zonenwirtschaft vornehmlich hochveredelte Produkte — wie optische Geräte, Werkzeugmaschinen oder Elektroausrüstungen — zu liefern, bei denen der Rohstoffanteil relativ gering war. In den letzten Jahren hatte sich dieses Verhältnis zu Lasten der ohnehin äußerst knappen Rohstoffdecke der Sowjetzone verschlechtert.

Der Schwerpunkt der sowjetischen Bezüge verlagerte sich auf Schiffsbauten, Fabrikausrüstungen und Schwermaschinen, die hohe Aufwände an Energie und Erz erforderten und so dazu beitrugen, daß der Wiederaufbau Mitteldeutschlands auf dem westdeutschen Niveau des Jahres 1950 hängenblieb. Fabriken des in „Pläne“ eingespannten Schwermaschinenbaus mußten pausieren, weil die Rohstofflieferungen aus dem Osten nur zögernd eintrafen, wodurch erhebliche Verluste entstanden.

Diese Mißstände will Pankow mit einem neuen Rahmen-Abkommen, dessen Einzelheiten noch festgelegt werden müssen, in absehbarer Zeit ändern. Langfristige Sowjet-Kredite sollen zusätzliche Lieferungen von Getreide, Kohle, Koks und Erzen aus der Sowjet-Union möglich machen. Für selbständige „DDR“-Einkäufe an Genuß- und Konsumwaren im westlichen Ausland will die Sowjet-Union bestimmte mitteldeutsche Waren bar in Dollar be-



„DDR“-Industrieplaner Selbmann
Eigene nationale Wege

zahlen. „Um 100 Prozent höher als bisher“ bezifferte ein Pankower Minister die neuen Moskauer Rohstoff-Zusagen.

In Ostberlin gibt man sich siegessicher. Als Gesamtsumme der zusätzlichen sowjetischen Leistungen während des 1956 angelaufenen zweiten Fünfjahresplanes, mit dem Pankow die Bundesrepublik einholen will, werden siebeneinhalb Milliarden Mark genannt.

Als weitere Ursache ihrer Hoffnungen nannten Pankower Repräsentanten zwei Moskauer Nebenresultate: Außenminister Schepilow habe sich unter der Hand nachdrücklich nach der „Republikflucht“ erkundigt, die von der SED lange Zeit veruscht worden war. Schepilow fragte nach den Ursachen, die schnellstens behoben werden sollen.

Grotewohl konnte ferner einen juristischen Erfolg in Sachen Wiedervereinigung buchen. Die „Prawda“ hatte einen Be-

BESATZUNG

MAROKKANER

Mord am Breisacher Friedhof

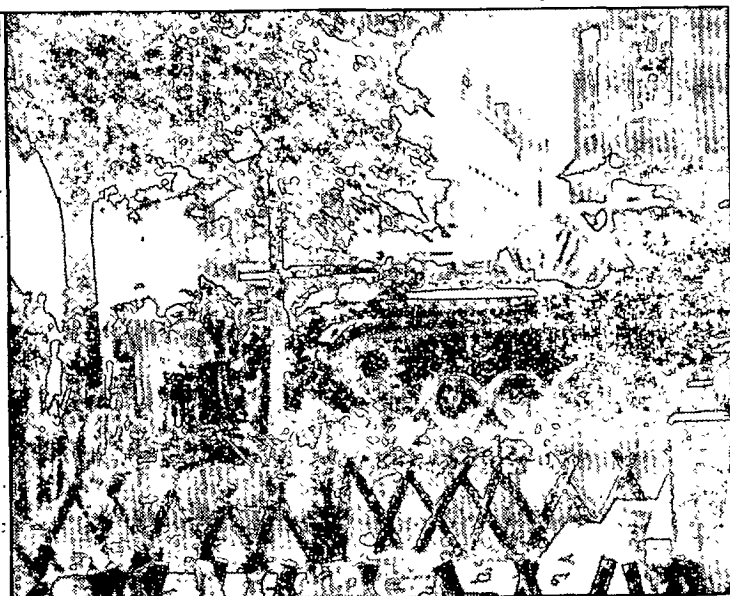
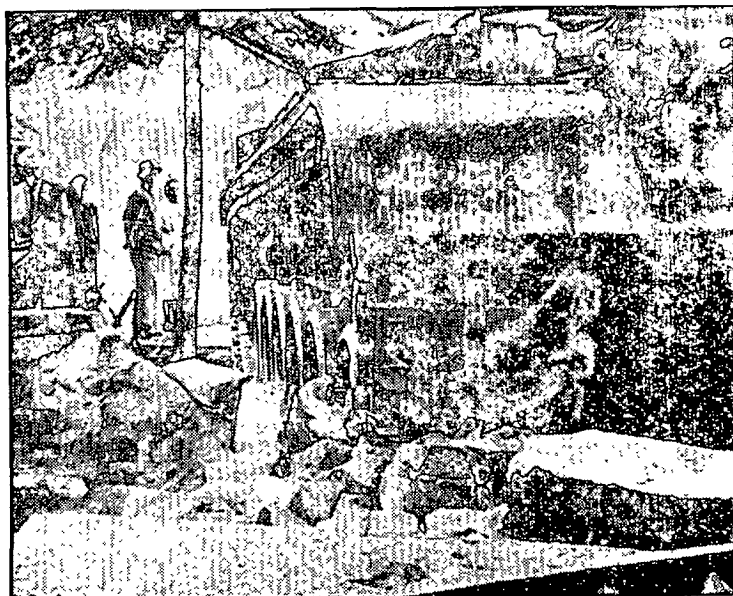
Welche speziellen Schwierigkeiten es macht, die Disziplin bei jenen französischen Truppenteilen in Deutschland aufrechtzuerhalten, in denen Marokkaner dienen, hat jüngst die Bevölkerung der badischen Stadt Breisach erlebt. Es war nicht zuletzt Sorge um die Disziplin, die bisher verhinderte, daß ein Mord aufgeklärt wird, dem ein Deutscher zum Opfer fiel.

Am 3. Juni, einem Sonntag, hatten spielende Kinder auf einer Wiese in der Nähe des Friedhofs von Breisach den 26jährigen Bauarbeiter August Giller tot aufgefunden,

mordeten Giller in seiner letzten Nacht noch in Begleitung von Marokkanern gesehen haben wollten.

Der Freiburger Polizeikommissar Guth beantragte nun bei den französischen Militärbehörden, man möge ihm eine Gegenüberstellung seiner Zeugen mit den Breisacher Marokkanern ermöglichen.

Nach einigem Hin und Her genehmigten die französischen Behörden eine Gegenüberstellung, und am Donnerstag nach dem Mordsonntag zog Kommissar Guth mit seinen Zeugen zur Breisacher Marokkaner-Kaserne. Als die Marokkaner zum Essen empfangen anmarschiert kamen, stellte Guth seine Zeugen hinter einem Fenster auf. Als die hungrigen Marokkaner aber an den Breisachern vorbeidefilieren sollten, gerieten sie außer Rand und Band. Offenbar von einem der Ihren aufgestachelt, gestikulierten sie vor den Breisacher Zeugen



EINER DER ERSTEN PANZER

der neuen Bundeswehr versetzte am vorletzten Wochenende die Stadt Amberg in Schrecken. Bei einem der 45 Tonnen schweren Fahrzeuge, das gerade erst von amerikanischen NATO-Kameraden übernommen worden war, riß während der Fahrt durch die Stadt ein Kupplungsbolzen. Der Stahlkoloss rasselte führungslos über Straße und Bürgersteig hinweg durch

die Gartenmauer eines Villengrundstücks. Ein Passant wäre dabei um ein Haar der jungen bundesdeutschen Panzerwaffe zum Opfer gefallen. Er rutschte indessen so glücklich unter die Wanne des Panzers, daß er so gut wie unversehrt wieder aufstehen konnte, nachdem die Gleisketten des 45-Tonnen-Fahrzeugs zu beiden Seiten an ihm vorbeigewalzt waren.

grüßungs-Leitartikel für die „DDR“-Delegation veröffentlicht, in dem es hieß: „Die Wiedervereinigung Deutschlands kann nur durch eine Annäherung zwischen der DDR und der deutschen Bundesrepublik erreicht werden.“ Grotewohl fragte in der Geheimsitzung, ob die Sowjets sich denn der gemeinsam übernommenen Verantwortung der vier Besatzungsmächte für die Wiedervereinigung entziehen wollten. Das könne er sich kaum denken.

Bulganin akzeptierte dieses Argument, bestätigte eine Verantwortung der Sowjet-Union für die deutsche Einheit im Rahmen der alliierten Erklärungen und trug schließlich dafür Sorge, daß keine den „Prawda“-Sätzen entsprechende Formulierung in die gemeinsame Schlußerklärung aufgenommen wurde.

„Jetzt haben wir auch eine Marshall-Hilfe, wenn auch spät, aber immerhin — und wir kriegen von den Russen wieder einiges zurück“, war die Pankower Bilanz des „Unternehmens Wehrpflicht“.

mit Würmalen und zahlreichen Verletzungen am ganzen Körper. Der Tote war nur mit einem Unterhemd, einer kurzen Hose und einem Paar Socken bekleidet. Nicht weit von dem toten Giller lag ein dolchartiges Messer.

Die Ermittlungen der deutschen Polizei ergaben bald, daß der Bauarbeiter nicht gut beleumdet war: Er hatte sich sehr viel mit den Marokkanern umhergetrieben, die seit April dieses Jahres in Breisach stationiert sind.

Schon am Montag, dem Tag nach dem Mord, beantragte die deutsche Polizei bei den Franzosen ein Verhör der Marokkaner. Der Antrag wurde genehmigt, und gemeinsam mit französischen Kollegen durften deutsche Polizisten die braunen Soldaten ausfragen. Indes, diese ersten Untersuchungen blieben ergebnislos. Daraufhin offerierte die Freiburger Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 500 Mark für zweckdienliche Aussagen. Sogleich meldete sich nun eine Anzahl Breisacher Bürger — darunter auch einige Frauen —, die den er-

mit Händen und Füßen. Besonders deutlich wiederholten sie immer wieder die Geste des Halsabschneidens, als sie an Kommissar Guth und seinen Leuten vorbeizogen.

Die Zeugen ließen sich durch dieses Gebärdenspiel derart einschüchtern, daß sie zu Aussagen nicht mehr bereit waren.

Trotzdem waren Kommissar Guth und der Oberstaatsanwalt Freiherr von Schowingen bis dahin schon zu einem Ergebnis gekommen: Nach der Prüfung aller Verdachtsmomente sei der Mörder „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ in der marokkanischen Garnison zu suchen.

So war der Stand der Dinge am Freitag nach dem Mord, und deshalb wurden die Ermittlungsergebnisse dem französischen Major Honta übergeben, der nun die Untersuchungen weiterführen sollte.

Dem Major Honta wurde von den Deutschen noch mitgeteilt, daß man schon einen bestimmten Verdacht hege: Ein namentlich bekannter Marokkaner sei am meisten tatverdächtig.